

Stuttgart, 24. Januar 2001
HR-kc

Gewerkschaften fordern Gesetz für Erhalt und Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung

Die Vorsitzenden der Gewerkschaften IG Metall, ÖTV, IG BAU und DAG haben die Bundesregierung aufgefordert, umgehend einen Entwurf für ein Gesetz zum Erhalt und Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bei der Energieerzeugung vorzulegen. Für den Energiestandort Deutschland habe die KWK erhebliche Vorteile in industrie- und beschäftigungspolitischer, aber auch in energie- und umweltpolitischer Hinsicht, heißt es in einer heute veröffentlichten gemeinsamen Erklärung. Diese Technik sei ein wesentlicher Baustein, um die von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen zur Reduzierung des Kohlendioxid ausstoßes einzulösen.

Klaus Zwickel (IG Metall), Frank Bsirske (ÖTV), Klaus Wieseherg (IG BAU) und Roland Issen (DAG) verwiesen auf erhebliche Investitionen von Stadtwerken und überregionalen Energieversorgungsunternehmen in die Modernisierung und den Bau von KWK-Anlagen. Gesichert würden damit der Energiestandort Deutschland und mehrere zehntausend Arbeitsplätze in Metallindustrie, Bau- und Energiewirtschaft. Zudem seien Exportchancen für die Anlagenhersteller zu erwarten. Eine Quotenregelung für den Ausbau der KWK sei ein geeignetes Instrument, um dieser Form der Energieerzeugung den Übergang in die Wettbewerbsfähigkeit mit anderen zu ermöglichen.

Die Gewerkschaftschefs seien aber auch offen für andere Vorschläge, wenn dadurch die Klimaschutzziele erreicht und der beschäftigungswirksame Erhalt der KWK gewährleistet werde.

Es folgt die Erklärung im Wortlaut.

Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden der Gewerkschaften IG Metall, ÖTV, IG BAU und DAG

Die Vorsitzenden der Gewerkschaften IG Metall, ÖTV, IG BAU und DAG fordern die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Erhaltung und zum Ausbau der umweltverträglichen Kraft-Wärme-Kopplungstechnologie (KWK) vorzulegen.

Die Vorsitzenden Klaus Zwickel, Frank Bsirske, Klaus Wieseherg und Roland Issen unterstützen die von Bundeskanzler Gerhard Schröder und vom Bundeskabinett getroffenen Beschlüsse, im Rahmen der nationalen Klimaschutzstrategie durch KWK die CO₂-Emissionen in einer Größenordnung von 10 Mio. t bis 2005 bzw. 23 Mio. t bis 2010 zu reduzieren.

Nach Auffassung der vier Gewerkschaften bringt eine KWK-Ausbaustrategie für den Energiestandort Deutschland industrie- und beschäftigungs- sowie energie- und umweltpolitisch erhebliche Vorteile:

- KWK ist ein wesentlicher Baustein, um die von Deutschland international eingegangenen Verpflichtungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen einlösen zu können.
- Aufgrund ihrer im Vergleich mit konventionellen Kraftwerken höheren Effizienz von gleichzeitiger Strom- und Wärmeerzeugung leistet KWK einen wichtigen Beitrag zur Ressourcenschonung.
- Die Erneuerung und die im Rahmen des Reinvestitionszyklus integrierbare Erweiterung eines kohle- und erdgasbasierten KWK-Anlagenparks stärkt die Versorgungssicherheit und mindert Importabhängigkeiten von ausländischen Stromlieferungen.
- Die Modernisierung der bestehenden KWK-Anlagen und ein sukzessiv wachsender KWK-Anteil an der Energieversorgung sind ein innovativer Anreiz für die anlagenherstellende Industrie, Forschung und Entwicklung mit dem Ziel technologischer Optimierung zu intensivieren und die Markteinführung wirkungsgradverbesserter Typen (einschl. der Brennstoffzelle) voranzubringen.
- Investitionen von Stadtwerken sowie überregionalen Energieversorgungsunternehmen in die Modernisierung bestehender und die Errichtung neuer KWK-Anlagen sichern nicht nur den Energiestandort, sondern außerdem mehrere zehntausend Arbeitsplätze in der Metallindustrie, in der Bau- und in der Energiewirtschaft. Darüber hinaus sind zusätzliche Exportchancen für die inländischen Anlagenhersteller zu erwarten.
- Die KWK-Ausbaustrategie ist durch ein Fernwärmeausbauprogramm des Bundes und der Länder zu ergänzen, um eine hohe Nutzung der erzeugten Wärme zu gewährleisten.

Die vom Bundeskabinett am 18. Oktober beschlossenen Erarbeitung einer Quotenregelung für den KWK-Ausbau ist nach Einschätzung der Gewerkschaftsvorsitzenden ein geeignetes Instrument, um dieser Technologie den Übergang in die Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Energieerzeugungsformen zu ermöglichen. Die IG Metall, die ÖTV, die IG BAU und die DAG sind zugleich offen für alternative Vorschläge, sofern dadurch sowohl die Klimaschutzziele der Bundesregierung erreicht und der beschäftigungswirksame Erhalt der KWK in der inländischen Energieversorgung gesichert werden.

Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen bleiben deshalb aufgefordert, den von ihnen festgelegten Fahrplan einzuhalten und das erforderliche Gesetzgebungsverfahren bis spätestens Mitte 2001 abzuschließen.